

Wilhelm Tell für Fortgeschrittene

Mit einem brillanten Essay ergründet der in Oxford lehrende Zürcher Historiker Oliver Zimmer das Wesen unserer Demokratie.

Paul Widmer

Oliver Zimmer: Wer hat Angst vor Tell? Echtzeit. 184 S., Fr. 32.90

Auf so ein Buch haben wir lange gewartet: geistreich, souverän, hervorragend geschrieben. Der neue Essay von Oliver Zimmer begeistert. Der Untertitel zeigt an, um was es geht: um «Unzeitgemässes zur Demokratie». Ja, Zimmer ist kein Zeitgeist-Surfer. Er äussert sich so, wie er es für richtig hält, unbekümmert, ob es gut ankommt oder nicht. Seit Herbert Lüthy hat kein Schweizer Historiker einen so brillanten Essay zum Wesen unserer Demokratie vorgelegt.

Oliver Zimmer ist nicht irgendein Historiker. Er ist Ordinarius für moderne europäische Geschichte an der Universität Oxford und hat von allen Schweizer Geschichtswissenschaftlern den prestigeträchtigsten Posten inne. 1963 in Thalwil geboren, studierte er an der Universität Zürich und erwarb sein Doktorat an der London School of Economics and Political Science. Seit 2005 unterrichtet er in Oxford. Er verbrachte die eine Hälfte seines Lebens in der Schweiz, die andere in Grossbritannien. Das spürt man. Seinen Stoff bezieht er aus Erfahrungen in beiden Ländern. Zudem verbindet er angelsächsischen Pragmatismus mit helvetischer Nüchternheit.

Zimmers Gedanken kreisen um drei grosse Themen: um das Spannungsverhältnis von Liberalismus und Demokratie, um das zwiespältige Verhältnis von Schweizer Historikern zur nationalen Geschichte und um die Gefährdung unseres Staatswesens durch das institutionelle Rahmenabkommen.

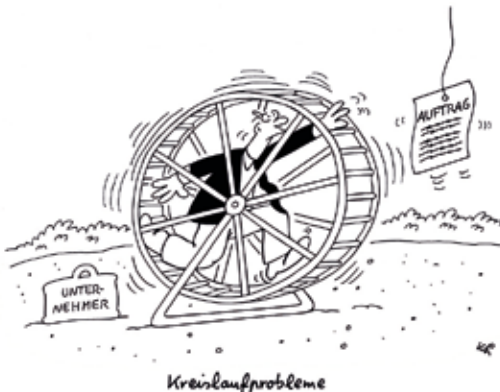
Freiheit und Eigenverantwortung

Liberalismus und Demokratie gehören für viele zusammen. Sie verwenden die beiden Begriffe fast synonym. Doch an sich haben wir es mit zwei verschiedenen Kräften zu tun. Im 19. Jahrhundert bekämpften sich Demokraten und Liberale. Den Demokraten ging es um die politischen Rechte der Bürger, den Liberalen um eine freie Wirtschaftsordnung mit wenig Staatseingriffen. Aber etwas wollten beide ge-

meinsam: Freiheit und Eigenverantwortung. Und das gelang. Mit vielen Kompromissen errichteten sie einen freiheitlichen Staat. Ein starkes Milizwesen und ein streng föderalistischer Aufbau sorgten dafür, dass die Macht so nahe wie möglich beim Bürger blieb.

Gewiss, einige Spannungen schlummerten unter der Oberfläche weiter. Mit der Globalisierung kommen sie wieder stärker zum Vorschein. Nicht selten betrachten Wirtschaftsliberale eine breitabgestützte Demokratie als Hindernis für eine dynamische Entwicklung. Dennoch: Eine liberale Demokratie ist auf das Zusammenspiel beider Kräfte angewiesen. Das heisst: Die Bürger müssen am Staatsgeschehen teilnehmen können, sonst verkommt die Demokratie zur Leerformel. Und die Demokratie muss in eine liberale Ordnung eingefügt sein, sonst droht sie in Populismus umzuschlagen.

Heute hat der Liberalismus viele Freunde, aber wenige Anhänger. Von links bis rechts möchten die meisten irgendwie liberal sein. Für seine Anliegen setzen sie sich jedoch kaum ein. Eine modische Bewegung wie die Operation Libero schreibt das «liberal» gross auf ihre Fahnen. Aber was ist daran liberal? Wie staatselige Sozialisten wollen sie eine Aufgabe nach der andern dem Staat überbürden. Zum urliberalen Anliegen der Stärkung von Freiheit und Eigenverantwortung dagegen fällt ihnen wenig ein. Zimmer führt die jüngsten Fehlentwicklungen des Liberalismus auf eine Radikalisierung von vier Leitideen zurück, die in gemässiger Form seit je im Liberalismus angelegt sind.



Erstens achtet der Liberalismus die Einzelperson hoch. Aber im Zeichen der Selbstverwirklichung nahm eine extreme Individualisierung auf Kosten des Gemeinsinns überhand. Sodann durchlaufen wir eine Verrechtlichung der Politik. Weil die Politiker immer weniger fähig sind, Kompromisse zu schliessen, schieben sie die Probleme an die Justiz weiter. Doch diese ist nicht für solche Aufgaben geschaffen und gerät selbst zunehmend in den Strudel der Politik. Drittens verkommt die Moral zu einem intoleranten Moralismus. Der Gegner wird nicht mehr als eine Person mit anderen

Heute hat der Liberalismus viele Freunde, aber wenige Anhänger.

Ansichten akzeptiert, sondern als moralisches Mängelwesen ausgegrenzt. Viertens bevorzugt eine globalisierte Elite internationale Lösungen vor nationalstaatlichen. Es fällt ihr nicht schwer, den Einzelstaaten Kompetenzen zu entziehen. Aber damit höhlt sie die Rechte der Bürger aus. Denn Demokratie wird nicht auf globaler, sondern auf nationalstaatlicher Ebene gelebt. Sie ist mit Land und Leuten verbunden.

Angebliche Mythenzerstörer

Zimmer zögert nie, konkret zu sagen, was und wen er meint. Er nennt das Kind beim Namen, selbst wenn es Eric Gujer heisst – Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* und ein eifriger Befürworter des Rahmenabkommens.

In erster Linie setzt er sich indes mit seinen Kollegen auseinander. Er untersucht deren Positionierung zu Europa. Dabei fängt er mit guten Gründen bei Herbert Lüthy an, dem Altmeister, der mit seinen Formulierungen alle bezaubert. Doch Zimmer lässt sich nicht betören. Er entdeckt in den Essays Zwiespältiges. Tatsächlich gibt es einen Lüthy I und einen Lüthy II. Konservative berufen sich gern auf Lüthy I und damit auf den Essay «Die Schweiz als Antithese». Den Advokaten einer europäischen Integration hingegen gefällt Lüthy II mit dem Essay «Vom



Angelsächsischer Pragmatismus, helvetische Nüchternheit: Geschichtsprofessor Zimmer.

Geist und Ungeist des Föderalismus». Obschon die beiden Publikationen nur drei Jahre auseinanderliegen, enthalten sie zwei grundverschiedene Auffassungen. 1961 glaubte der Basler Historiker an den Sonderfall Schweiz, 1964 dagegen nicht mehr. Er sah nun die europäische Entwicklung auf ein gemeinsames Europa zulaufen und zweifelte an der Zukunftsfähigkeit einer eigenständigen Schweiz.

Kritisch beschäftigt sich Zimmer auch mit Thomas Maissen, dem Direktor des Deutschen

Historischen Instituts in Paris, und mit André Holenstein, dem Historiker an der Uni Bern. Ihrem Sonderfall-Gerede gewinnt er wenig ab. Vielmehr meint er, die Kritiker seien dessen getreueste Anhänger. Sie hätten lediglich das positive Narrativ durch ein negatives ersetzt – ein Vorwurf, den er auch dem Zürcher Historiker Jakob Tanner nicht erspart.

Holenstein und vornehmlich Maissen mokieren sich gern über helvetische Mythen. Das kommt gut an, ist aber wenig originell. Denn

die Mythen sind seit den 1960er Jahren dekonstruiert. Viel Lärm also um nichts. Bedenklich ist etwas anderes. Die angeblichen Mythenzerstörer werkeln selber, wie schon Max Frisch mit seinem «Wilhelm Tell für die Schule», an einem neuen Fortschrittsmythos. Sie meinen zu wissen, wohin die Geschichte treibt, angeblich zwangsläufig zu einer europäischen und globalen Integration hin. Wer diese geschichtsdeterministische Auffassung teilt, gilt als fortschrittlich, wer nicht, als rückständig.

Doch ist dem so? Redlicher wäre, einzugestehen, dass wir den zukünftigen Geschichts-

Zimmer greift auf hohem Niveau in die Debatte über das Rahmenabkommen ein.

verlauf nicht kennen. Im 19. Jahrhundert feierte man in Berlin und Paris den Nationalstaat – natürlich nur den eigenen – als die Erfüllung der Geschichte. Der skeptische Jacob Burckhardt machte den nationalistischen Taumel nicht mit. Er enthielt sich jeglicher geschichtsphilosophischen Deutung. Zu Recht. Heute würde kein Historiker mehr behaupten, der Nationalstaat sei das Ziel der Geschichte. Aber daraus sollte man auch den richtigen Schluss ziehen. Es macht, wie Zimmer sagt, wenig Sinn, eine nationalistische Geschichtsphilosophie zur Gefahrenzone zu erklären, nur um sie durch eine supranationalistische zu ersetzen. Das sitzt.

Unsägliche Guillotine-Klausel

Zimmer greift auf hohem Niveau in die Debatte über das Rahmenabkommen ein. Ihm geht es nicht um Einzelheiten wie den Lohnschutz. Auf dem Spiel steht unsere Souveränität. Mit der Pflicht zur dynamischen Rechtsübernahme geben wir zu viel Freiheit preis. Niemand weiss, was alles auf uns zukommt. Denn niemand weiss, wohin sich das Recht entwickelt. Heute mögen wir Probleme mit der Personenfreizügigkeit haben, morgen mit der Gentechnologie.

Sollte sich die Schweiz dereinst weigern, eine neue EU-Regel zu übernehmen, gerät sie in Schwierigkeiten. Die unsägliche Guillotine-Klausel und neue Möglichkeiten zu Vertrags-suspendierungen machen ein Opting-out fast unmöglich. Und kommt es zu einem Streitfall, hätte der Europäische Gerichtshof das letzte Wort. Die Schweiz würde, so Zimmers Fazit, zu einem EU-Mitglied ohne Stimmrecht. Das ist ein zu hoher Preis für die Sicherung des Zugangs zum Binnenmarkt. Zimmer appelliert deshalb an das liberale und das demokratische Gewissen der Schweizer: Sagt nein zu diesem Abkommen und verhandelt mit etwas mehr Selbstrespekt nochmals. Die Schweiz mit ihrer bürgernahen Demokratie verdient es.

Paul Widmer ist Diplomat, Publizist und Buchautor.